Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 8. April 1927 — Nummer 83

Die Provokation der Imperialisten

Zustimmung der Diplomaten zum Ueberfall auf die russische Botschaft?
Umstellung des Generalkonsulats der UdSSR auch in Schanghai

London. Wie die gesamte Presse in Telegrammen aus Peking behauptet, soll das Botschaftsgebäude der Sowjetunion von Tschangtsolins Truppen nicht betreut, dagegen in einigen alten Militärbaracken Haussuchungen vorgenommen worden sein. Die Presse erklärt, trotz des Protokolls der Mächte mit China von 1901 wäre festgelegt worden, daß den chinesischen Truppen das Recht zum Betreten des Gesandtschaftsviertels gestattet werden könne, wenn es sich um Verhaftungen oder Durchsuchungen handle, die sich aber nicht auf die Gesandtschaftsgebäude erstrecken dürften. Die Presse versucht also die Aktion gegen die Sowjetunion hinzustellen als eine Maßnahme, die gegen Räuberbanditen und Verschwörer gerichtet gewesen sei. Die Pekinger Korrespondenten der Daily News, die Augenzeugen des Ueberfalles auf die Sowjetbotschaft waren, brachten ihrem Blatt, daß „russische Uniformen, 8 Kisten Munition, 20 Gewehre, eine große chinesische Fahne und viele Bücher, Dokumente, Flaggen, Plakate usw." beschlagnahmt worden seien. Angeblich hätten „Russen zur Vernichtung weiteren Belastungsmaterials das Gebäude angezündet, worauf sofort Explosionen von Munition begannen."

Aus Rußland selbst wird mitgeteilt, daß genauere Meldungen noch nicht vorliegen. Dennoch besagt die Tatsache, daß ein solcher Angriff durchgeführt wurde, daß Tschangtsolin dies nur mit voller Zustimmung der Mächte unternehmen konnte.

Hinter diesem frechen Ueberfall steht England und Amerika, das hier glaubt, einen Grund zu finden, um den Kriegszustand mit Rußland herbeiführen zu können. Von den einzelnen Ländern wird behauptet, daß ihre Diplomaten nichts mit dem Ueberfall zu tun haben. Die Engländer stecken die Meldung heraus, daß es der holländische Gesandte gewesen, der die Genehmigung zu diesem Vorgehen erteilt habe. Dieser streitet aber ab. Auch die deutsche Regierung erklärt, sie habe nichts mit der Angelegenheit zu tun. Der deutsche Gesandte habe die Zustimmung zu dem Ueberfall nicht erteilt. Jedoch müsse sie erst Nachrichten aus Peking abwarten. Die englische Presse benimmt sich so, als bei dem Vorfall keine Bedeutung beizumessen. Gerade aber diese Haltung zeigt, daß die englischen Imperialisten treibend hinter der Angelegenheit stecken. Sie müssen aber so tun, als handle es sich um eine bedeutungslose Angelegenheit, weil sonst die englischen Arbeiter sich gegen die Brandstifter auflehnen werden. Die englischen Arbeiter werden aber auch so begreifen, daß es sich hier nicht um eine untergeordnete, sondern um eine sehr bedeutsame Angelegenheit handelt. Der Ueberfall auf eine Botschaft würde von jeder anderen Regierung sofort mit der Kriegserklärung beantwortet werden. Tschangtsolin hat die Botschaft überfallen und dann unter dem Beisein von englischem und amerikanischem Gesindel verhaftete Chinesen, die er aus den Gebäuden der Botschaft herausholte, hinrichten lassen. Jeder Arbeiter begreift, daß das eine bewußte Provokation der Sowjetunion ist, um sie in kriegerische Konflikte zu verwickeln. Die Imperialisten wollen eine Handhabe zum Angriff auf Rußland erhalten. Zweitens ist hier aber der Versuch, Rußland in China zu isolieren, die Chinesen gegen Rußland aufzubringen. Daß es sich um eine bewußte und planmäßig angelegte Provokation handelt, zeigt folgende Meldung des Berliner Tageblattes:

> Nachdem erst am 6. April die Gebäude der russischen Sowjetbotschaft von der Polizei Tschangtsolins durchsucht und nachdem Russen und Chinesen verhaftet worden sind, trifft am 7. April aus Schanghai die Nachricht ein, daß dort Stadtfreiwillige das Sowjetkonsulat umzingelt haben und alle einund ausgehenden Personen einer schärfsten Kontrolle unterziehen. Der russische Generalkonsul in Schanghai hat dem dortigen Reuterkorrespondent erklärt, nach dem Zwischenfall in Peking sei damit zu rechnen, daß die Sowjetbotschaft nach Hankau verlegt werde."

Man betreibt die Provokation von Peking in Schanghai weiter. Hier kann sie aber nur durchgeführt werden, weil das Gesindel sich unter dem Schutze der Amerikaner und Engländer befindet und von diesen die Entwaffnung durch die Südregierung entzogen wird. Alle Verschleierungsmanöver können die

Absicht der Imperialisten, den Krieg mit Rußland zu provozieren,

nicht vertuschen. Der Krieg mit Rußland, das bedeutet das Aufrollen des europäischen Krieges, an dem auch Deutschland beteiligt wird.

Mit aller Energie muß die Arbeiterschaft den Imperialisten zu verstehen geben, daß sie einen neuen imperialistischen Krieg umwandeln wird in einen Krieg der arbeitenden Massen gegen die Imperialisten. Nur der entschlossene Wille der Arbeiter, nicht gegen die Sowjetunion zu marschieren, keinen Krieg gegen das erwachende China zu dulden, kann das europäische Gemetzel aufhalten. Deswegen laßt aus allen Betrieben den Ruf ertönen:

Hände weg von Sowjetrußland! — China den Chinesen!

In allen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen der Arbeiter muß der Wille zur sofortigen Organisation des Widerstandes gegen jeden räuberischen Ueberfall auf die Sowjetunion zum Ausdruck kommen. Zögert nicht, schlagt die Mordbrenner nieder!

Gegenmaßnahmen der Sowjetunion

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtm.) Die Vossische Zeitung berichtet aus Moskau: Man erwartet schärfste Gegenmaßnahmen, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Peking, die Abberufung des russischen Gesandten Karachon, die Ausweisung des Moskauer Gesandten der Pekinger Regierung. Man erwartet ferner, daß die Zwischenfälle die Sowjetregierung veranlassen werden, die südchinesische Regierung als einzige wirkliche Vertretung der Chinesen zu betrachten.

Vor dem Abbruch der Beziehungen Moskaus zu Tschangtsolin

Riga, 7. April. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung noch keine Beschlüsse über die Vorfälle in Peking gefaßt. Auf jeden Fall soll schon heute feststehen, daß die Sowjetregierung ihre Beziehungen zu der Pekinger Regierung nicht abbrechen wird, sondern nur die Beziehungen zu Tschangtsolin. Es werde erwogen, das Generalkonsulat in Mukden aufzulösen. Militärische Vorbereitungen sollen russischerseits nicht getroffen werden.

London, 7. April. (Eig. Drahtm.) Wie aus Moskau gemeldet wird, ist heute ein ausführlicher Bericht über den Ueberfall auf die russische Sowjetbotschaft eingetroffen. Es verlautet, daß eine scharfe Protestnote vorbereitet und noch heute nach Peking abgesandt wird.

Protest des russischen und holländischen (!) Gesandten in Peking

London, 7. April. (Telunion.) Wie aus Peking gemeldet wird, hat nicht nur der russische Geschäftsträger, sondern auch der holländische Gesandte bei der Pekinger Regierung gegen die Ueberschreitung der den chinesischen Beamten gewährten Privilegien Protest erhoben.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking hat Tschangtsolin seinerseits in einer an Moskau gerichteten Note gegen die Verletzung der diplomatischen Vorrechte durch den russischen Geschäftsträger Protest eingelegt. Die Gebäude der Botschaft seien zu Propagandazwecken benutzt worden, mit der Absicht, die gegenwärtige Pekinger Regierung zu stürzen.

Rücktritt des nordchinesischen Ministerpräsidenten

Wie aus Neuyork gemeldet wird, ist der chinesische Ministerpräsident Wellington Koo zurückgetreten.

Als neuer Präsident der Nordregierung wird der Hauptratgeber Tschangtsolins, General Pangyuting genannt.

Tschangtsolin ließ seinen Henker hinrichten

Der Verteidiger von Schanghai, der blutige General Pi, der in Schanghai das Blutregiment führte, wurde, weil er geflohen, auf Befehl Tschangtsolins hingerichtet.

Der Vorwärts zum Pekinger Zwischenfall

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtm.) Der Vorwärts schreibt zu der von Reuter berichteten Pekingmeldung folgendes: „Ob die Sache wirklich so gewöhnlich und natürlich ist, wie die englische Nachrichtenzentrale behauptet, möchten wir bezweifeln. Daß es gerade der holländische Gesandte war, der als Dekan seine Zustimmung erteilte, beweist keineswegs, daß die Aktion gerechtfertigt war, denn gerade die holländischen Diplomaten sind zum Teil stockreaktionär. Ihre antibolschewistische Gesinnung geht so weit, daß Holland zu den ganz wenigen Ländern gehört, die sich noch nicht entschließen konnten, Sowjetrußland anzuerkennen und die diplomatischen Beziehungen auch nur inoffiziell wieder aufzunehmen. Schon im Hinblick auf die gefährlichen Rückwirkungen hätte Holland seine Zustimmung verweigern sollen."

Selbst der Vorwärts muß also zugeben, daß es sich keineswegs um ein gewöhnliches Ereignis handelt. Dieses Zugeständnis des Vorwärts ist deswegen wertvoll, weil er damit seine immerwiederkehrende eigene Behauptung, Rußland sei der Friedensstörer, Lügen straft. Der Vorwärts muß eingestehen, daß die „Völkerbundsmächte" die eigentlichen Friedensstörer sind. Wenn er aber versucht die gesamte Angelegenheit zu einer holländischen Frage zu machen, so ist das nur der neue Versuch die englisch-amerikanischen Imperialisten zu decken, weil Stresemann in den englischen Front steht.

Jeder Schuß —

gilt Dir, Prolet!

Risse im sächsischen Bürgerblock

Die Demokraten für Landtagsauflösung?

P. B. Als nach wochenlangem Kuhhandel die sächsische Bürgerblockregierung mit Hilfe der Sozialfaschisten endlich zustande kam, erklärten die Kommunisten, daß diese Regierung sich nur mit Hilfe einer skrupellosen Liebesgabenpolitik an die verschiedenen Wirtschaftscliquen halten könne. Diese Voraussage ist in vollem Umfange durch die Politik der Regierung bestätigt worden. Die Bürgerblockparteien waren bei den verschiedensten Anlässen **immer wieder nur durch Geschenke unter einen Hut zu bringen.** Die Rauferei um die Futterkrippe begann bei der Besetzung der Ministerien. Den Deutschnationalen wurden stärkste Konzessionen gemacht, um ihre Ministeransprüche bis zum 1. Juni hinauszuschieben. Die Wirtschaftscliquen der Industriellen und großkapitalistischen Hausbesitzer sowie der Großbauern wurden im Etat reichlich bedacht. Die Liebesgabenkapitel für bestimmte Wirtschaftsgruppen gehen im Etat in die Millionen. Den größten Raubzug haben die Bürgerblockparteien gemacht bei der Verteilung der Mietzinssteuer **am 1. April und 1. Oktober 1927.** Hier zeigte sich der brutale Klassencharakter der Bürgerblockregierung in unverhüllter Form. Statt für Wohnungsbauzwecke wurden die Erträgnisse der Mietzinssteuer wiederum zum größten Teil **dem Hausbesitz zugeschanzt.**

Alle Verbrechen der Bürgerblockregierung gegen die arbeitende Klasse und die gesamte werktätige Bevölkerung wurden von den Sozialfaschisten, den Aufwertern und den Demokraten restlos gedeckt. Diese 3 Parteien liefen sich gegenseitig in Liebedienerei zu den großkapitalistischen Parteien den Rang ab. Mehrmals versuchten die Vertreter **der Aufwertungspartei unter dem Druck ihrer Wähler aus der Front auszubrechen.** Sie wurden jedoch immer wieder an die Kandare genommen. Je länger diese Partei im Landtag sitzt, **um so weniger redet sie von der Aufwertung.** Die Sozialfaschisten zeigen sich immer offener als Büttel und Hausknechte der sächsischen Industriellen. Ihre Minister verschaffen sich Kredite bei Behörden, die ihnen unterstellt sind. Ihre Abgeordneten verschachern ihre Stimme zu jedem börsenfähigen Kurs. Von Grundsätzen keine Spur. Ihr oberster Grundsatz ist ihnen die Unverletzlichkeit ihrer Einkünfte. Zur politischen Skrupellosigkeit gesellt sich beim Bürgerblock mit seinen Hilfsparteien die offene Korruption. **Wie im Reiche wird auch in Sachsen die enge Verquickung der Interessen der kapitalistischen Republik, ihrer Regierung, Parteien und Abgeordneten mit Privatgeschäften allerlei Art zum Normalzustand.** Die Bourgeoisie und ihr reformistischer Anhang bedienen sich heute skrupelloser denn je der politischen Macht in der Regierung zur persönlichen Bereicherung. Nirgends tritt das so klar in Erscheinung, wie in Sachsen.

In der letzten Landtagssitzung vor den Osterferien, am 6. April, sprangen die notdürftig verkleisterten Interessengegensätze zwischen den bürgerlichen Gruppen wieder einmal auf. Die Regierung forderte ein Anleihegesetz über 100 Millionen RM. Die Regierungsparteien waren bereit, diese Summe zu bewilligen. Da kam ein unerwarteter Vorstoß der Deutschnationalen. Diese beantragten plötzlich, daß der Regierung diese 100 Millionen RM. bewilligt werden, aber einschließlich der 1926 bereits bewilligten 60 Millionen Schatzanweisungen. In der Praxis bedeutet dieser Beschluß, **daß die Regierung nur 40 Millionen RM bewilligt** erhält. Ueber diese Streichung von 60 Millionen RM. waren die Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die übrigen Gruppen — einschließlich der Regierung — aufs ärgste betroffen. Der Finanzminister sprang in die Bresche und versuchte zu retten, was zu retten ist. Die Demokraten glaubten auf dem Wege einer neuen Vertagung die Differenzen schlichten zu können. Die Deutschnationalen aber blieben hart. Die Regierung muß nunmehr nach Ostern dem Landtag ein neues Finanzgesetz unterbreiten, um in den Besitz der zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben notwendigen laufenden Mittel zu gelangen. Das aber wollten die Deutschnationalen nicht. Ihre Absicht geht dahin, die Regierung und ihre Parteien unter beständigem Druck zu halten, um weitgehendste Konzessionen zu erpressen. Von der Kommunistischen Partei wurde die augenblickliche Situation im Lager des Bürgerblocks in der gleichen Sitzung des Landtages analysiert. Wie recht die Kommunisten mit ihrer Charakterisierung der Lage hatten, zeigte die Betroffenheit bei allen bürgerlichen Parteien. Nichts als Verlegenheitsgelächter und betretenes Schweigen wußten die bürgerlichen Parteien den Ausführungen der Kommunisten entgegenzusetzen.

Die Dinge liegen jetzt so. Am 1. Juni wird der Wechsel, den die Heldt-Regierung den Deutschnationalen ausgestellt hat, fällig. Ursprünglich sollten die Deutschnationalen einen Minister erhalten. Sie fordern jetzt zwei. Viel schwerer wie die Lösung, wer in die Regierung hineinkommen soll, ist für die Bürgerblockregierung die Frage zu lösen, wer aus der Regierung heraus soll. Die Deutschnationalen wittern das Reichskonkordat. Die Durchführung desselben wollen sie in Sachsen in die Hand der Kirche legen. Deshalb greifen sie nach dem Volksbildungsministerium. Wenn der volksparteiliche Minister Dr. Kaiser fällt, dann soll auch der demokratische Ministerialreferent im Volksbildungsministerium, Dr. Seyfert, fallen. So ist dann gegenwärtig die Lage innerhalb des sächsischen Bürgerblocks alles andere, als einheitlich.